



## Presseinformation

Nr. 357/2007

Kiel, Freitag, 30. November 2007

Bundesrat/Vorratsdatenspeicherung/Verfassungsgericht

### Wolfgang Kubicki: Mitglieder der FDP-Fraktion Schleswig-Holstein werden gegen das Gesetz zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung vor dem Bundesverfassungsgericht klagen

**- Dambruch verhindern - Landesregierung soll das Gesetz im Bundesrat nicht billigen -**

Zur Behandlung des Gesetzentwurfes zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen in der heutigen Sitzung des Bundesrates erklärte der Vorsitzende der FDP-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Wolfgang Kubicki**:

„Wenn der Bundesrat in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen billigt, ist die letzte parlamentarische Hürde für die Einführung der so genannten Vorratsdatenspeicherung genommen. Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung täte gut daran, den Entwurf im Bundesrat nicht zu billigen und den Vermittlungsausschuss anzurufen“, so Kubicki. „Eine parlamentarische Aufforderung an die Landesregierung, entsprechend zu verfahren, gibt es leider nicht. SPD und CDU haben im Innen- und Rechtsausschuss am vergangenen Mittwoch den Antrag der FDP-Fraktion abgelehnt, den Gesetzentwurf nicht zu billigen. Damit hat die Große Koalition dokumentiert, dass sie für die Einführung der massenhaften Speicherung von Telekommunikationsverbindungsdaten auch Unverdächtiger eintritt. Wir werden das insbesondere bei den Wählerinnen und Wählern der Sozialdemokraten kommunizieren.“

Die vier Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion werden sich darüber hinaus der Klage des ehemaligen Innenministers von Nordrhein-Westfalen und Bundestagsvizepräsidenten a. D. , Dr. Burkhard Hirsch, gegen die Vorratsdatenspeicherung vor dem Bundesverfassungsgericht anschließen. „, kündigte Kubicki an. Er zeigte sich überzeugt, dass die Karlsruher Richter dem verfassungswidrigen Treiben der Großen Koalition Einhalt gebieten und diesen Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger unterbinden würden. „Dieser Dambruch muss verhindert werden“, so Kubicki abschließend.